

Diskussion

Zur „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ 1974 bis 1990 – eine Erinnerung an vergessene Positionen unter Willy Brandt¹

Ulla Plener

In den gleichlautenden Vorbemerkungen zu den einzelnen Bänden der „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ weist Dieter Schuster (Franz Osterroth starb 1986) darauf hin, dass es sich bei der Chronik „nicht um eine Darstellung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ handle: „Die aufgenommenen Daten, Fakten und Hintergründe sollen lediglich dazu dienen, Bausteine für ein besseres Verständnis der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu liefern.“ Bei der Fülle der vorliegenden Materialien könne es sich „immer nur um eine Auswahl handeln“, und diese wolle „so objektiv wie möglich“ sein. Empfindliche Materiallücken gebe es vor allem bei den Untergliederungen der Partei, „so dass einige Konferenzen, Tagungen, Beschlüsse und Personalien nicht in den Text aufgenommen werden konnten“ (S.7). Es wird dem Interessierten dennoch eine beeindruckende Fülle an Informationen aus der Geschichte dieser ältesten deutschen Partei geboten.

Band 3 setzt mit dem Rücktritt Willy Brandts als Kanzler der alten Bundesrepublik am 6. Mai 1974 ein und endet mit der Abwahl der SPD/FDP-Regierung und damit der SPD als Regierungspartei am 1. Oktober 1982; Band 4 schließt mit dem Rücktritt Brandts vom Vorsitz seiner Partei auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bonn am 14. Juni 1987; Band 5 wird bis zum 3. Oktober 1990, dem „Tag der deutschen Einheit“, geführt. Die vorliegenden Bände regen dazu an, Positionen und Politik der beinahe in diesem ganzen Zeitraum von Willy Brandt geführten SPD in Erinnerung zu rufen, die spätestens seit 1998 von ihren maßgebenden Führern verdrängt und dem Vergessen überlassen werden.

¹ Franz Osterroth/Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten - Fakten - Hintergründe, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, Bd. 3: 1974 bis 1982, neu bearb. und erg. Aufl. 2005, 688 S.; Bd. 4: 1982 bis 1987, 1. Aufl. 2006, 556 S.; Bd. 5: 1987 bis 1990, 1. Aufl. 2009, 570 S. Die Bde. 1 (Von den Anfängen bis 1945, 576 S.) und 2 (1945-1974, 528 S.) erschienen 1975/1978 in 2. Auflage.

Weitgehend lückenlos ist in der Chronik das *Agieren der SPD als Partei auf Bundesebene* dokumentiert. Die Gesetzesvorlagen und Beschlüsse der SPD-geführten Regierung (1974-1982) und die innen- und außenpolitischen Initiativen ihrer Bundestagsfraktion (diese durchgehend bis 1990) werden – auf dem Hintergrund des Geschehens in der BRD (teilweise auch in der DDR) und international (darunter in der Sozialistischen Internationale) – festgehalten und z. T. ausführlich kommentiert.

Viel Platz wird der *Entwicklung in der SPD* eingeräumt, dem Ablauf und den Ergebnissen der Parteitage, Sitzungen und Beschlüsse des Parteivorstands (PV) und seines Präsidiums. Die Tätigkeit der vielen Arbeitsgemeinschaften (AG) wie die für Arbeitnehmerfragen, für Bildung, Gesundheitswesen, Städte- und Kommunalpolitik, der Frauen, Jungsozialisten/Juso, Juristen, Selbständigen und der verfolgten Sozialdemokraten werden, z. T. sehr eingehend, wiedergegeben. Es geht um Mitgliederbewegung, um die soziale Zusammensetzung der Partei und – im Widerspruch dazu – ihres Apparats: So lag z. B. 1978 der Mitgliederanteil der Facharbeiter bei rund 30, deren Funktionsanteile auf der Unterbezirksebene dagegen nur bei 7,5 Prozent; Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst stellten rund 35 Prozent der Mitglieder, aber ca. 75 Prozent der Funktionäre in den Unterbezirken (Bd. 3, S.462).

Gebührender Raum wird den *Kontroversen in der SPD* gewidmet. So werden z. B. die Auseinandersetzungen in der Juso-AG verfolgt (u. a. Bd. 3, S.493f., Bd. 4, S.371-373), so die Diskussionen um den NATO-Beschluss vom Dezember 1979 über die Raketennachrüstung in Europa und die zustimmende Haltung der SPD-geführten Regierung (Bd. 3, S.316, 474, 494, 601f.; Bd. 4, S.53, 94), die Positionen der SPD angesichts der neuen sozialen Bewegungen (für Umweltschutz, für Gleichstellung der Frauen u. a.), deren Debatte um 1980/1981 zur „Identitätskrise der SPD“ führte: Sollte sie wie bisher vorwiegend Interessen der Lohnarbeitenden vertreten – oder sich (auch) neu aktiv gewordenen sozialen Schichten und Bewegungen öffnen? Ausgleichend dazu Willy Brandt auf dem Symposium zum Thema „Sozialdemokratische Identität“ am 21. Oktober 1981: „Die unmissverständliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft im traditionellen Sinne schließt nicht aus, dass wir jenen anderen Forderungen nach mehr Qualität des Lebens nachgehen, selbst wenn diese überwiegend aus den Reihen der ‚neuen‘ Schichten geäußert werden.“ (Bd. 3, S.528f.)

Dieses Thema war eines der zentralen in der seit Mitte der 70er- und besonders intensiv seit Mitte der 80er-Jahre in der SPD geführten *Programmdiskussion*, die in allen drei Bänden der Chronik verfolgt wird. Es werden u. a. Willy Brandts Aussagen im November 1979 über die Gültigkeit des Go-

desberger Programms von 1959 (Bd. 3, S.307-309) wiedergegeben; dazu das Dokument der Grundwertekommission der SPD vom 31. Januar 1984 „Godesberg heute“, in dem es um die „Lücken des Godesberger Programms“ ging (fehlende „ökologische Dimension“; überholte Aussagen zu Frauen-Familie-Jugend; nur andeutungsweise sichtbare „Nord-Süd-Dimension“; NATO gar nicht, EG nur unbestimmt angesprochen) und das mit der Empfehlung endete, „auf dem Parteitag in Essen im Mai (1984) den Diskussionsprozess für ein neues Grundsatzprogramm einzuleiten“ (Bd. 4, S.133, 135). Das erfolgte dann mit dem Referat von Erhard Eppler (Bd. 4, S.168) auf diesem Parteitag und dem Einsatz der Programmkommission durch den PV am 22. Juni 1984. (Bd. 4, S.168, 177) Weitere Stationen waren die Forderungen der Juso-Bundeskongresse im April 1984 und Juni 1985 nach einem neuen Programm, vor allem die Wirtschaftsprogrammatische betreffend: für „Abkehr von der Kapitallogik“ (Bd. 4, S.155f.), gegen die „Weltmarktmodernisierungsmanie in der SPD“ (ebenda, S.273); die Veranstaltung in Bonn am 12. November 1984 zum Thema „25 Jahre nach Godesberg“, auf der Willy Brandt und Peter von Oertzen für ein neues Programm warben, das unter neuen Bedingungen die „konkrete Utopie der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus“ (Brandt) vereinen sollte mit ihrer (Oertzen:) „leidenschaftlichen Hoffnung, die alle Strömungen der sozialistischen Bewegung einstmals verbunden hat, die Hoffnung auf eine Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist (Kommunistisches Manifest)“ (Bd. 4, S.207); die Vorlage im Juni 1986 des von der Programmkommission erarbeiteten Irseer Entwurfs mit den „Godesberg“ ergänzenden Inhalten (Bd. 4, S.383f.), der im August 1986 vom Parteitag in Nürnberg als Grundlage für die weitere Diskussion beschlossen wurde (Bd. 4, S.398). Nach zweieinhalb Jahren Diskussion wurde dann vom Parteitag in Berlin im Dezember 1989 das neue – „Berliner“ – Programm, erläutert von Oskar Lafontaine, beschlossen. (Bd. 5, S.370-372) Bemerkenswert: Dieses Programm wird in der Chronik sehr spärlich – auf einer knappen Spalte – vorgestellt, während dem Irseer Entwurf drei Spalten gewidmet sind. Und zum Thema „Wirtschaft“ wird nur die Kontinuität zu „Godesberg“ festgestellt: „Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig!“ Dagegen werden die umfangreichen Aussagen im IV. Teil des Programms, in dem es u. a. um „Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften“ und um *Wirtschaftsdemokratie* geht, gar nicht erwähnt (auch nicht von Susanne Miller und Heinrich Potthoff, deren „Kleine Geschichte der SPD“ von den Chronik-Autoren für Kommentare zu

erwähnten Ereignissen, Parteitag, Dokumenten herangezogen wurde²). Das Berliner Programm besagte: „Wirtschaft hat dem Gemeinwohl zu dienen [...] Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.“ – „Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Diese Verbindung hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgebracht und zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung der Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt.“ – „Die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit verlangen Demokratisierung der Wirtschaft.“ Diese „ist selbst ein Ziel, weil sie politische Demokratie sichert und vollendet“, sie „erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘“³ Diese Aussagen reflektierten die wirtschaftspolitischen Forderungen aus Juso-Kreisen von 1984/85 und standen im Einklang mit den (unwidersprochenen) Ausführungen Oskar Lafontaines auf dem Parteitag in Münster 1988 über den demokratischen Sozialismus als „große Tradition“ der SPD, bei der es „um die gleichberechtigte Teilnahme der Menschen an den Entscheidungen der Gesellschaft“ ginge. „In dem Maße also“, führte Lafontaine weiter aus, „wie in Gesellschaftsordnungen die Macht nicht geteilt wird, müssen demokratische Sozialisten auf eine Veränderung dieser Gesellschaftsordnung hinwirken [...] Freiheit heißt in unserer Gesellschaft nicht nur, die wichtigen formalen Freiheiten der parlamentarischen Demokratie einzufordern, sondern Freiheit heißt ebenso, die Wirtschaft zu demokratisieren“ (Bd. 5, S.180).

Haben sich die Chronik-Autoren bei der Vorstellung des Berliner Programms von 1989 an dem 2007 in Hamburg angenommenen neuesten Programm der SPD orientiert, das weitgehend der von Gerhard Schröder geführten – kaum noch sozialdemokratischen – Regierungspolitik der SPD 1998 bis 2005 und der in der Großen Koalition 2005 bis 2009 angepasst wurde? In diesem Programm fehlt nämlich ein vergleichbarer Abschnitt über die Wirtschaft und ihre kapitalistischen Eigentumsstrukturen, es ist nur noch von der (nicht näher definierten) „sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ die Rede.

Bemerkenswert ist auch der *Umgang mit Geschichte*, wie ihn die Chronik widerspiegelt, – z. B. mit dem deutschen Widerstand gegen das Naziregime.

2 Siehe Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, 8. aktualisierte und erweiterte Aufl., Bonn 2002, S.323f.

3 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20.12.1989 in Berlin. Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn (1990), S.34, 41.

Auf der Bundestagung der AG der verfolgten Sozialdemokraten (AVS) am 15./16. Juni 1979 erinnerte Willy Brandt daran, dass es „seit 1933 deutsche Arbeiter unterschiedlichen Standorts“ waren, die Widerstand leisteten, und unter ihnen „herrschten damals durchweg Verständnis, Kameradschaft, Hilfsbereitschaft. Dies galt auch im Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.“ Er wandte sich gegen den Monopolanspruch der SED auf das Thema „Widerstand“ und gegen die Verfolgung von Sozialdemokraten nach 1945 in der SBZ, stellte aber auch fest, er „wäre der Letzte, der die unermesslichen Blutopfer kommunistischer Arbeiter und Funktionäre gering achten wollte“ (Bd. 3, S.265f.). Im Vorfeld des jährlichen staatsoffiziellen Gedenkens an die Opfer des 20. Juli 1944 aus konservativ-militärischen Kreisen erinnerte die AVS, so 1981, daran, dass der Widerstand gegen das Hitler-Regime schon am 30. Januar 1933 begonnen hatte, und zwar seitens der „deutschen Arbeiter unterschiedlicher politischer Couleur [...] Am 20. Juli müssen wir daher auch an die zahlreichen Männer und Frauen denken, die seit 1933 im alltäglichen Leben sich dem nationalsozialistischen Regime widersetzen und dabei ständig Freiheit, Gesundheit und Leben gefährdeten.“ (Bd. 3, S.504) Am 18. Juli 1984 hieß es in Bonn auf dem „Forum Geschichte“ zum Thema „Die Sozialdemokratie und der 20. Juli 1944“, „dass das sichtbare Fanal des Widerstands, der 20. Juli, zu Unrecht bis heute von konservativer Seite als ihr Werk vereinnahmt werde. Es gelte, deutlich zu machen, dass der Aufstand des Gewissens nicht erst 1944 begonnen habe.“ (Bd. 4, S.183)

SPD-Gremien äußerten sich auch zur europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert. So nahm das Präsidium des PV am 22. September 1988 eine Entschließung zum Münchener Abkommen von 1938 an, das die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, auch noch in der Nachkriegszeit, belastet habe. Dass es die „demokratischen“ Westmächte waren, die das Abkommen mit Hitler-Deutschland geschlossen und die ČSR an dieses ausgeliefert hatten, erwähnt die Entschließung nicht – und das tragen auch die Chronik-Autoren nicht nach (Bd. 5, S.192f.). Im Unterschied dazu heißt es unter dem 22. August 1989: „Das SPD-Präsidium verurteilt vorbehaltlos den vor 50 Jahren geschlossenen sogenannten Hitler-Stalin-Pakt über die Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion.“ (Bd. 5, S.310) Dieser Pakt bedeutete in der Tat einen Bruch im antifaschistischen Kampf der kommunistischen Bewegung. Aber war er nicht auch durch das Verhalten der Westmächte provoziert?

Am 7. Mai 1980 verabschiedete das Präsidium der SPD eine „Erklärung zum 35. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch die Kapitulation am 8. Mai 1945“. In deren 2. Teil ist auch von „Befreiung vom

Alptraum der menschenverachtenden und verbrecherischen Nazi-Herrschaft“ die Rede (Bd. 3, S.356). In „besonders schrecklichem Ausmaß“ seien von den Verbrechen Polen und die Sowjetunion betroffen gewesen. Der entscheidende Anteil der Sowjetunion an der Befreiung vom Alptraum der Nazi-Herrschaft wird mit keinem Wort erwähnt. Aber: „Wer an das Elend und die Hoffnungslosigkeit zurückdenkt, die das Nazi-Regime in unserem eigenen Land hinterlassen hatte, wird die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika und seiner Bürger niemals vergessen können und dürfen.“ (Es geht um die „humanitären Hilfen aus den USA und die von Washington ausgehende politische und wirtschaftliche Unterstützung“, Bd. 3, S.355f.) Unter dem 8. Mai 1985 wird dann doch noch die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker „aus Anlass des 40. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges“ zitiert, in der dieser erstmalig von offizieller Seite der BRD feststellte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ (Bd. 4, S.261)

Ein weiteres Thema der Chronik ist das *Verhältnis der SPD zu Kommunisten*. Anlässlich des 15. Jahrestages des maßgebend von Willy Brandt mitinitiierten „Extremistenbeschlusses“, der Kommunisten in der BRD das Eintreten in den öffentlichen Dienst verwehrte, wird in der Chronik unter dem 30. Januar 1987 ausführlich die im „Vorwärts“ veröffentlichte Selbstkritik Brandts wiedergegeben: Er nannte den Beschluss einen „unseligen“, der „einen Irrweg einleitete: Er hat der Demokratie [...] mehr Schaden als Nutzen zugefügt.“ Brandt warf sich vor, „nicht vorhergesehen zu haben, dass diese Regeln im Widerspruch zur Demokratie angewandt werden würden. Statt das dienstliche Verhalten zum Maß der Verfassungstreue zu nehmen, wurde das Toleranzgebot gegenüber Andersdenkenden verletzt.“ Es habe geheißen, „die Republik solle vor allem auch vor der extremen Rechten geschützt werden. In Wahrheit zog man [...] nahezu ausschließlich gegen ‚Linke‘ zu Felde [...] Wir Sozialdemokraten sind aufgerufen, Wiederholungen zu verhindern – im Interesse der Demokratie.“ (Bd. 4, S.453)

Eingehend wird in der Chronik das Verhältnis zu den regierenden Kommunisten, im Besonderen in der DDR, verfolgt. Am 4. Mai 1977 meinte Willy Brandt anlässlich der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier, „keine Basis für Bündnisse“ mit Kommunisten zu sehen; es müssten aber „zwei Dinge auseinander gehalten werden“: „Eine Sache sind die prinzipiellen Gegensätze, die uns vom Kommunismus trennen. Eine andere Sache ist die Erkenntnis, dass die Unterschiedlichkeit der politischen Ordnungen und gesellschaftlichen Systeme das Bemühen um den Abbau von Spannungen nicht behindern darf.“ Es müsse beharrlich an der Friedenssicherung gearbeitet und „im Zusammenhang damit [sollten] immer wieder

neue Anstrengungen unternommen werden, Gebiete eines gemeinsamen Interesses zu erschließen“ (Bd. 3, S.126f.). In diesem Sinne praktizierte die SPD unter Willy Brandt die an der Entspannungspolitik orientierte Ostpolitik, die in der Chronik nachgezeichnet wird.

Im Zuge dieser Politik war es seit 1983 auch zu Beziehungen zwischen SPD und SED auf Parteiebene gekommen. Pikant: In der Chronik wird das Ereignis, seit dem diese Art von Beziehungen praktiziert wurde, nicht erwähnt: die vom ZK der SED aus Anlass des 100. Todestages von Karl Marx einberufene internationale wissenschaftliche Konferenz im April 1983 in Berlin. An ihr nahm Dr. Wilhelm Bruns teil, als „Leiter der Delegation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung“, wie im Protokollband ausgewiesen ist, und auf „Vorschlag des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt“, wie er zu Beginn seiner Rede sagte. Bruns sprach sich dafür aus, „ein Klima des Vertrauens herzustellen, um damit Voraussetzungen für Abrüstung zu schaffen“. Es ginge um Sicherheitspolitik, auch um Sicherheitspartnerschaft, um atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa; denn es müsse „der Friede als oberste Priorität gesichert werden, damit die Geschichte ohne Gefahr entscheiden kann, welches System das bessere ist.“⁴ Und genau diese Themen waren dann Gegenstand der Gespräche zwischen Vertretern der SED und der SPD in den 80er-Jahren, die in den Bänden 4 und 5 der Chronik genannt werden.

Am 17. März 1986 erläuterte Willy Brandt auf der Veranstaltung der SPD „Vierzig Jahre danach“ (gemeint ist die Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ im April 1946) „Thesen zum Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten Ende der achtziger Jahre“. Darin heißt es in These 4: „Die unverwischbaren Gegensätze können uns nicht daran hindern, neue politische und geistige Entwicklungen in kommunistisch regierten Staaten zur Kenntnis zu nehmen“ (Bd. 4, S.348). Nicht zitiert wird in der Chronik hingegen der Satz: „Wir beurteilen heutige Regierungen und Parteien nicht nach den Exzessen der Stalinzeit. Erstarrte Formeln aus der Presse des kalten Krieges taugen nicht für die heute notwendigen Auseinandersetzungen.“⁵

4 Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt. Internationale wissenschaftliche Konferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 11. bis 16. April 1983. Reden und Beiträge, Dresden 1983, S.351-353, hier zit. S.352f.

5 Zit. nach: Vor 40 Jahren. Hrsg. Parteivorstand der SPD, Bonn (1986), S.9.

Ein Jahr später fand am 12./13. März 1987 in Bonn ein Geschichtsforum zum Thema „Erben deutscher Geschichte. Bundesrepublik und DDR“ statt. Historiker der SPD und der SED diskutierten hier „über ‚Geschichtsinterpretationen und Geschichtsbewusstsein in der DDR und in der Bundesrepublik‘, über die ‚Reichsgründung von 1871 als Revolution von oben?‘ und über ‚Chancen und Scheitern der Weimarer Republik‘.“ Es habe neben unterschiedlichen Auffassungen auch Konsens gegeben; auch DDR-Historiker seien „dabei, dort unbequeme Teile des deutschen Erbes aufzuarbeiten, sich zunehmend selbstkritisch zu stellen“ (Bd. 4, S.467f.). Den Auftakt – das ist in der Chronik nicht erwähnt – bildete die Rede Willy Brandts über „Die SPD in der deutschen Geschichte“, in deren Verlauf er, bezogen auf „die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten“, sagte: „Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müssten.“⁶ Sätze zum Nachdenken für Politiker und Historiker der SPD wie auch bei DER LINKEN heute.

Eine Form der Beziehungen zwischen SPD und SED waren seit Februar 1984 die Treffen führender Gesellschaftswissenschaftler der DDR, speziell der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, mit Vertretern der Grundwertekommission (GWK) beim PV der SPD (Bd. 4, S.208; Bd. 5, S.32, 61, 264). Am 27. August 1987 veröffentlichten sie in Bonn und Berlin gleichzeitig das gemeinsam erarbeitete und ganz im Sinne Willy Brandts gehaltene Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, in dem „SED und SPD für einen friedlichen Wettbewerb der Systeme und für einen systemoffenen Dialog“ plädierten (Bd. 5, S.32). Es wurde fortan zur Messlatte der SPD für das innenpolitische Agieren der SED-Führung, denn es hieß darin u. a., dass die „offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile, innerhalb jedes Systems möglich sein“ müsse (ebenda). Auf Verhaftungen von Oppositionellen aus Friedens- und Umweltgruppen in der DDR reagierte der PV der SPD unter Bezugnahme auf das „Streitpapier“ mit kritischen Erklärungen, so am 8. Feb-

6 Zit. nach: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR - BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S.16f.

ruar 1988 und am 29. März 1989 (Bd. 5, S.99, 259). Doch ging der Dialog mit Politikern und Vertretern der SED (über Sicherheits- und über Kommunalpolitik, über Menschenrechte u. a.) weiter.

Die Realitäten in der DDR, nicht zuletzt die seit Jahresmitte 1989 anschwellende Flucht vor allem junger Menschen in den Westen, veranlassten Erhard Eppler, der seitens der GWK führend am „Streitpapier“ beteiligt gewesen war, in der Gedenkrede im Bundestag zum 17. Juni 1953 u. a. die „realitätsblinde Selbstgefälligkeit“ der SED-Führung festzustellen (Bd. 5, S.289). Trotzdem beschloss der PV der SPD am 26. Juni 1989 (einen Tag später vom Parteirat begrüßt) „Grundsätze für die Wahrnehmung von Kontakten mit der SED und deren Gliederungen sowie mit Institutionen, Parteien, Organisationen und Gruppierungen in der DDR“, die diese Kontakte für „möglich und nützlich“ hielten (Bd. 5, S.295f.).

Doch dazu kam es nicht mehr: SED und DDR strebten ihrem Ende zu. Das wurde in der SPD-Führung z. T. mit Sorge registriert – so in der neunstündigen Sitzung des Präsidiums der SPD am 11. September 1989, in der Eppler erklärte, „er wisse nicht, ob die DDR überhaupt überlebensfähig sei“ (Bd. 5, S.315). Sie war es nicht. In diesen Wochen kamen die Beziehungen der SPD zur SED auf Parteiebene zum Erliegen.

Im Weiteren werden in der Chronik die Ereignisse und die entsprechenden Stellungnahmen der SPD vorwiegend unter dem Aspekt der Deutschlandpolitik bis zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik und dem „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1990 verfolgt.

Einen Schlusspunkt in Bezug auf das Verhältnis zur SED setzte Willy Brandt in seiner Rede auf dem Programmparteitag der SPD in Berlin am 18. Dezember 1989: Von der SED verlangte Brandt, „sich ehrlich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen“, denn diese Partei sei „nicht durch eine Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern durch eine Gefangennahme der Sozialdemokraten durch die Kommunisten zustande gekommen“, ein Unrecht, das wiedergutmacht werden müsse. Und er fügte hinzu: „Das Recht auf Irrtum stehe Kommunisten zu wie anderen. Sie auszugrenzen wäre unvernünftig.“ (Bd. 5, S.369) Auch das sind Worte zum Nachdenken, nicht zuletzt wenn es um das Verhältnis der SPD heute zur Partei DIE LINKE geht, die ja keine kommunistische, sondern eine pluralistische Partei ist, in der auch linksorientierte Sozialdemokraten vertreten sind.